Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 9. Freitag, 11. Januar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Frankreich und die Reparationen.

Während über Deutschlands Wirtschaftslage und seine Fähigkeit, Reparationen zu leisten, in der ganzen Welt diskutiert wird, beschäftigt man sich fast gar nicht mit der Wirtschaftslage Frankreichs. In Paris sitzt eben kein Reparationsagent, der, ähnlich wie Parker Gilbert in Berlin, mit Luchsaugen in alle Winkel der Wirtschaft hineinspioniert und über die materielle Lage die übrige Welt durch genaue Berichte auf dem Laufenden hält. Auch darin prägt sich eben die durch das Kriegsende geschaffene Situation aus. Der unterlegende Staat muß sich diese fremde Kontrolle gefallen lassen. Schon dadurch allein ist er fast in die Rolle eines Angeklagten versetzt, der auf Herz und Nieren geprüft wird, was er von seiner Schuld wieder gutmachen kann. Daß in Wirklichkeit die Reparationsfrage ein ganzes Bündel wechselseitiger internationaler Verpflichtungen und ebenso einen zusammenhängenden Komplex von internationalen wirtschaftlichen Möglichkeiten darstellt, wird meist ganz vergessen. Den Schuldner prüft man, ob aber der Gläubiger es wirklich nötig hätte, bis zum letzten Heller auf seinem Schein zu bestehen, das wird kaum untersucht. Theoretisch ist wohl anerkannt, daß die finanzielle Schuldenfrage nicht mehr als moralische Schuldfrage behandelt werden sollte, weil man auf diese Weise nun einmal nicht mit einem internationalen Finanzproblem von der Bedeutung der Reparationsfrage fertig werden könnte. Es wird auch meist zugestanden, daß es nach all den Abmachungen von Genf und Locarno, nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes geradezu Pflicht der internationalen Politik sein müßte, auch in den materiellen Fragen eine Atmosphäre zu schaffen, die wieder ein wechselseitiges Vertrauen und Zusammenarbeiten der Völker erleichterte. Dazu gehörte natürlich, daß die Gläubigerstaaten nicht einfach mechanisch Forderungen aufstellten und so hoch wie möglich hinaufschrauben, sondern vielmehr an die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dächten und den Wiederaufbau des internationalen Geschäftsverkehrs im allgemeinen Interesse für wichtiger ansähen, als ein paar Milliarden mehr oder weniger, die sich aus Deutschland noch herauspressen ließen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist natürlich ein relativer Begriff. Wenn man den sozialen Lebensstandard und das kulturelle Niveau tief genug herabdrückt, so kann man natürlich die Annuitäten Deutschlands mit Leichtigkeit um ein Mehrfaches steigern. Es ist aber klar, daß unter einem solchen vermehrten Druck das deutsche Volk entsprechend seufzen und in seiner Friedensbereitschaft gehemmt sein wird. Würde man dagegen mit Deutschland glimpflich verfahren, würde man ihm dieselben Lebensbedingungen zugestehen, unter denen die anderen europäischen Völker leben und arbeiten, so würde die Freudigkeit des deutschen Volkes, die notwendigen Leistungen aufzubringen und auch in allen anderen Fragen mit den übrigen Völkern zusammenzuarbeiten, gewaltig gesteigert werden.

Unter diesen Umständen muß doch auch einmal die Frage aufgeworfen werden, wie weit die wirtschaftliche Lage der Gläubigerstaaten ein etwaiges Entgegenkommen Deutschland gegenüber rechtfertigen würde. Und da läßt sich mit gutem Gewissen sagen, daß gerade der hartnäckigste und der Hauptgläubiger Deutschlands, nämlich Frankreich, durchaus in der Lage wäre, manches Entgegenkommen zu zeigen. Gewiß ist Frankreich an Amerika verschuldet, und man weiß noch nicht, wie weit die Amerikaner, trotz ihrer geradezu glänzenden Wirtschaftslage, zu einiger Nachsicht bereit wären, die mehr für die Befriedung der Welt bedeuten würde als all das schöne Theater, das man um den Kellogg-Pakt herum gemacht hat. Trotzdem aber Frankreich den Zinsendienst Amerika gegenüber bereits aufgenommen hat, ist seine wirtschaftliche Lage auch heute schon als sehr viel stabiler und günstiger zu bezeichnen, als diejenige Deutschlands. In Frankreich ist die Stabilisierung der Währung ohne große soziale Umwälzung gelungen. Schwere Arbeitslosenkrisen wie die anderen europäischen Staaten hat Frankreich nicht durchzumachen gehabt. Dabei schreitet seine Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat ununterbrochen vorwärts. Es macht sich der Gewinn der elsässischen Industrien und der lothringischen Grubenwerke in fortschreitendem Maße bemerkbar. Da Frankreich immer noch nicht genügend Menschen im eigenen Lande hat, um seinen so starken Industrieapparat zu bedienen, so zieht es heute bereits wieder gewaltige Scharen ausländischer Industriearbeiter im Gegensatz zu Deutschland heran. Wäre die französische Landwirtschaft technisch auf der Höhe, so könnte sie auch ihrerseits den französischen Export gewaltig steigern. Sie liefert aber trotz des günstigsten Klimas nur knapp die Hälfte des Ertrages, den der dänische Bauer auf gleichem Areal erarbeitet. Die finanzielle Lage Frankreichs, insbesondere das Anwachsen der Ersparnisse und die Kapitalbildung, ist so günstig, daß der Stand der Vorkriegszeit schon wieder erreicht ist und die französische Staatsbank seit Jahr und Tag mit einem Diskontsatz von 3,5 Prozent arbeiten kann. Infolgedessen wandern schon jetzt wieder französische Kapitalien in großem Umfange ins Ausland. Frankreich wird wieder Gläubigerstaat, wird wieder Bankier Europas, wie es das vor dem Kriege schon gewesen ist. Wenn bei den Reparationsverhandlungen die Franzosen auch heute noch mit ihren zerstörten Gebieten kommen, so müßte man demgegenüber doch auch energisch an die schweren Schädigungen erinnern, die Deutschland durch den Krieg erlitten hat. Denn schließlich sind ja Kanonen und Maschinengewehre nicht die einzigen Zerstörungs- und Tötungsmittel, deren sich der moderne Krieg bedient. Ein Reparationsagent in Paris hätte jedenfalls allen Anlaß, noch sehr viel optimistischer zu berichten, als Parker Gilbert über Deutschland. Soll es trotzdem bei der französischen Shylock-Politik bleiben?

Die Zusammensetzung des Landeseisenbahnrates.

fsd. Dresden. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: In Nr. 1 der Dresdner Volkszeitung vom 2. Jan. 1929 befinden sich unter dem Stichwort „Eine feine Schiebung" Ausführungen über die Zusammensetzung des Landeseisenbahnrates Dresden, die nicht unwidersprochen bleiben können, weil sie von irrigen Voraussetzungen ausgehen.

Von den Mitgliedern des Eisenbahnrates werden 8 von den gewerkschaftlichen Organisationen, 5 von der Sächsischen Landwirtschaftskammer, 4 von den sächsischen und thüringischen Gewerbekammern und 6 von den sächsischen und thüringischen Handelskammern gewählt. Auf diese Wahlen hat die Regierung naturgemäß keinen Einfluß.

Da anderseits ein öffentliches Interesse daran besteht, daß möglichst alle Wirtschaftskreise, die an der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs, mit der sich ja der Landeseisenbahnrat ausschließlich zu befassen hat, interessiert sind, **hier eine Vertretung erhalten**, sind noch **sieben Stellen geschaffen** worden, die vom **Wirtschaftsministerium besetzt wurden.** Es liegt regelmäßig eine außerordentliche große Anzahl von Wünschen für diese sieben Stellen des Ministeriums vor, so daß es schwer ist, den geäußerten Wünschen jeweils gerecht zu werden.

Da bei den Beratungen im Landeseisenbahnrat der **Güterverkehr** wegen seiner **wirtschaftlichen Bedeutung** für die Eisenbahn die Hauptrolle spielt, muß besonderer Wert darauf gelegt werden, **Persönlichkeiten auszuwählen, die hierin Erfahrungen haben und Wirtschaftskreise vertreten, die an der Entwicklung des Güterverkehrs praktisch beteiligt sind.**

Unter diesen Gesichtspunkten sind von den 7 der Regierung zur Verfügung stehenden Stellen je eine mit **Vertretern des Bergbaues, des Kleinhandels, der Schiffahrt und des Verbandes Sächsischer Industrieller besetzt** worden. Ein Vertreter ist dem Kreise der **Konsumvereine entnommen** worden und für einen Sitz hatte die Regierung dem Landtag das Vorschlagsrecht eingeräumt, der Herrn **Redakteur Rauhsch** entsandt hat. Den letzten zur Verfügung stehenden Sitz hat die Regierung für einen **Vertreter der Städte vorbehalten** und dazu einen Vorschlag des Gemeindetages erbeten. Der Gemeindetag hatte an erster Stelle Herrn Bürgermeister Uhlig und an zweiter Stelle Herrn Stadtrat Dr. Leiske vorgeschlagen. Die Regierung hat sich jedoch genötigt gesehen, in diesem Vorschlage eine Umstellung der beiden vorgeschlagenen Herren vorzunehmen und Herrn **Dr. Leiske zum ordentlichen Mitgliede**, Herrn **Bürgermeister Uhlig** aber zum **Stellvertreter** ernannt. Maßgebend hierfür war, daß Leipzig tatsächlich angesichts seiner geographischen Lage in seinen **Verkehrsbeziehungen besonders benachteiligt** ist. Im übrigen ist auch Herr Stadtrat Dr. Leiske in erster Linie Vertreter des Gemeindetages. Eine Zurücksetzung des Herrn Bürgermeisters Uhlig, zu dem das Wirtschaftsministerium die angenehmsten Beziehungen unterhält, ist in keiner Weise beabsichtigt, noch erfolgt. Eine Besprechung zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Oberbürgermeister Dr. Rothe in dieser Angelegenheit hat niemals stattgefunden. Es handelt sich um eine ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten getroffene Entscheidung.

Da auch Herr Dr. Jaeger, der Vorsitzende des Sächsischen Verkehrsverbandes, nicht wieder berufen worden ist, ist die Angabe, daß eine übermäßig starke Berücksichtigung Leipzigs bei den Ernennungen stattgefunden habe, nicht zutreffend. Es befinden sich unter den sieben von der Regierung benannten Herren 2 aus Dresden, 2 aus Leipzig, 1 aus Chemnitz, 1 aus Zwickau und 1 aus Lugau.

Der amtliche Bericht der Repko über die Ernennung der Sachverständigen.

* Paris. (Tel.) Ueber die Nachmittagssitzung der Reparationskommission wurde um 19,15 Uhr französischer Zeit folgender **amtlicher Bericht** ausgegeben:

Die Reparationskommission hat im Laufe ihrer heutigen Sitzung unter dem Vorsitz Chapsals einer Einladung der Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Italien, den Signataren des Genfer Beschlusses vom 18. September 1928 über die Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Ausarbeitung der Vorschläge für eine völlige und endgültige Regelung der Reparationsfrage folgend, als Mitglieder dieses Ausschusses ernannt:

Für Belgien: Francqui und Gutt
Für Frankreich: Moreau und Parmentier
Für Großbritannien: Josiah Stamp u. Lord Revelstoke
Für Italien: Pirelli und Sunich
Für Japan: Kengo Mori und Tekeshi Aki.

In Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung wird die Kommission die amerikanischen Staatsangehörigen als Mitglieder des Ausschusses ernennen, sobald man die vorgesehenen Schritte unternommen haben wird. Andererseits hat sie von der Demission Gutt-Belgien als Hilfsdelegierter Belgiens und derjenigen Parmentiers-Frankreich als Mitglied des Transfer-Ausschusses Kenntnis genommen.

Diese Demission war notwendig, damit die Genannten als unabhängige Sachverständige gelten konnten.

Parker Gilberts Besprechungen in Washington.

X Paris. Newyork Herald meldet aus Washington, das Gerücht, der Generalagent für die Reparationszahlungen Parker Gilbert habe in der Unterredung, die er vorgestern abend mit Schatzsekretär Mellon und Staatssekretär Kellogg hatte, erklärt, daß Poincaré zu gegebener Zeit die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens beschleunigen würde. Das Blatt fügt hinzu, Parker Gilbert sei seit seiner Ankunft in Amerika in beständiger telephonischer Verbindung mit Paris geblieben. Er habe zwar Coolidge noch nicht gesehen, aber vor seiner Besprechung mit Mellon eine Konferenz mit Hoover gehabt. Die amerikanische Regierung sehe die ganze Kriegsschulden- und Reparationsangelegenheit als sehr heikel an und wünsche deshalb anscheinend, daß die Tätigkeit Parker Gilberts ganz im Hintergrunde bleibe. Die Besprechungen, an denen Parker Gilbert teilnehme, umgebe das strengste Geheimnis. Es sei auch für die nächste Zeit keine offizielle Mitteilung in dieser Angelegenheit zu erwarten.

•

Ministerpräsident Dr. Held über den Parker Gilbert-Bericht.

X München. Bei der Beratung des Handelsetats im Bayerischen Landtag kam Ministerpräsident Dr. Held auch auf den letzten Bericht des Reparationsagenten über die deutsche Wirtschaft zu sprechen und erklärte unter Zustimmung des Hauses, daß dieser Bericht eine groteske Verkennung der Wirklichkeit sei. Gegen eine derartige Verzerrung der Tatsachen müsse Deutschland in seinem eigenen Interesse Protest einlegen. Es sei unwahr, daß Deutschland die ungeheuren Reparationsleistungen so einfach aufbringen könne. Wenn die Verpflichtungen nicht bedeutend herabgemindert würden, dann gebe es keine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft. Unternehmer und Arbeiter sollten, vom gleichen nationalen Interessen beseelt, sich Derartiges nicht bieten lassen.

•

Der Jahresbericht des Reparationsagenten in deutscher Uebersetzung erschienen.

X Berlin. Der Jahresbericht des Generalagenten für Reparationszahlungen für das 4. Reparationsjahr 1927/28 ist nunmehr auch in deutscher Uebersetzung erschienen.

•

Parker Gilbert verlängert seinen Aufenthalt in Washington.

Paris. (Funkspruch.) Newyork Herald meldet, der Besuch Parker Gilberts in Washington erhalte eine erhöhte Bedeutung durch den neuen Umstand, daß erstens der Reparationsagent beschlossen habe, bis Ende Januar in den Vereinigten Staaten zu bleiben, um bei der Festlegung der Reparationspolitik der Regierung mitzuarbeiten und daß er zweitens eine einstündige geheime Besprechung mit Coolidge im Weißen Hause gehabt habe. Von Regierungsseite werde freilich immer wieder betont, daß die derzeitige Diskussion keinen offiziellen Charakter trage und daß darüber keine offizielle Mitteilung gemacht werden würde.

Eine Begegnung des Reparationsagenten mit Hoover in dessen Wohnung werde für heute abend erwartet. Man nehme an, daß Parker Gilbert seine Ansichten als Sachverständiger sowohl hinsichtlich der Auswahl der amerikanischen Sachverständigen für den Reparationsausschuß als auch hinsichtlich der allgemeinen Politik zum Ausdruck bringen werde, die die Regierung bei der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zu befolgen habe.

Stellungnahme zum Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie.

* Halle a. S. (Tel.) Während heute Freitag die Bezirkskonferenz der Metallarbeitergewerkschaften zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des gestern gefällten Schiedsspruches in der mitteldeutschen Metallindustrie zusammentritt, wird die Mitgliederversammlung des Bezirks Halle im Verband mitteldeutscher Metallindustrieller am kommenden Montag zum Schiedsspruch Stellung nehmen. Der Bezirk Anhalt tritt Anfang nächster Woche in Dessau zusammen. Die Stellungnahme des Bezirks Magdeburg wird wahrscheinlich schon morgen erfolgen.

Tarifkündigung in der ostoberschlesischen Metallindustrie.

X Kattowitz. Die Arbeitnehmerorganisationen haben den gegenwärtigen Lohntarif in der Metallhüttenindustrie gekündigt. Die neuen Forderungen sollen in einer demnächst stattfindenden Konferenz aufgestellt werden.

SLUB
Wir führen Wissen.